

Multiple Krisen

Wieder in Bewegung kommen – gegen die Klimakrise und für soziale Gerechtigkeit



Foto: acmphoto.de

Inhalt

Hintergrund

Attac-Steuerkonzept – 2/3 –
Vergessenes Rojava – 4 –
Wege aus der multiplen Krise – 5 –
Vergesellschaftung – 8 –

Kalender

Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

Das war die ESU 2022 – 9 –
9-Euro-Ticket weiterfahren – 9 –

Portrait

Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

Neu im Webshop – 11 –

Mehr als zwanzig Jahre nach der Gründung von Attac kommt in diesem Sommer vieles geballt zusammen, was Globalisierungskritiker*innen seit langem vorhergesagt und kontinuierlich bekämpft haben: Jahrzehnte neoliberaler Politik, globaler Ausbeutung und Naturzerstörung haben nicht zu wachsendem Wohlstand für alle und mehr globaler Sicherheit geführt, sondern ganz im Gegenteil multiple Krisen befeuert. Diese zeigen sich nun nicht mehr einzeln, sondern verschärfen sich in dramatischer Gleichzeitigkeit.

In diesen Zeiten, in denen sich die Klimakrise zuspitzt, Kriege an Europa heranrücken und die Preise steigen, suchen viele Menschen Sicherheit und hoffen auf eine Politik, die für Stabilität sorgen und die Gesellschaft vor den schlimmsten Folgen der Krisen schützen soll.

Notwendige Protestbewegungen hatten es nach zwei Jahren der pandemiebedingten

Isolation und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Angst vor zusätzlichen Belastungsproben für den gesellschaftlichen Zusammenhalt daher zuletzt immer schwerer, Druck für Frieden, Demokratie sowie soziale und ökologische Gerechtigkeit auf die Straßen zu bringen.

Derweil versucht die Bundesregierung, mit kurzfristigen Entlastungspaketen gegen steigende Preise vorzugehen und für Beschäftigung zu sorgen. Das geschieht aber viel zu sehr mit Maßnahmen nach dem Prinzip der Gießkanne, statt gezielt denjenigen zu helfen, die unter den gegenwärtigen Preissteigerungen besonders leiden. Gleichzeitig fehlt es weiterhin an ernsthaftem Engagement, um den dringend notwendigen sozialen und ökologischen Wandel unumkehrbar aufs Gleis zu bringen.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass die solidarische Zivilgesellschaft im Herbst

und Winter wieder mehr in Bewegung kommt. Als Attac werden wir es nicht akzeptieren, dass sich die soziale Spaltung unserer Gesellschaft noch weiter vertieft und sich die Klimakrise stetig zuspitzt.

Dabei lassen wir uns auch nicht durch eine Diffamierung aller Proteste bremsen, wie sie die Bundesregierung derzeit mit dem Verweis auf Mobilisierungen rechtsradikaler und verschwörungsideologischer Gruppen versucht: Es ist richtig und wichtig, jetzt auf die Straßen zu gehen und für Energiepreiskegel, bezahlbares Wohnen und die Mobilitätswende zu kämpfen. Wenn Trittbrettfahrer wie zum Beispiel Rechte und Klimawandelleugner*innen unsere Proteste für soziale Sicherheit und ökologische Umsteuerung für andere Ziele nutzen wollen, werden wir das zu verhindern wissen. Es gilt jetzt, engagiert für ein gutes Leben für alle zu streiten!

Die Schere zwischen arm und reich schließen!

Ein Steuersystem zur Rettung der Demokratie



Foto: attac.de

Nach den Jahrzehnten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden über 40 Jahre lang alle gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland weitgehend am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt («Wirtschaftswunder»). Seit der ideologischen Vorherrschaft des Neoliberalismus ab den 80er Jahren geht jedoch die Schere zwischen arm und reich wieder auseinander (Grafik). Der Einkommensrückgang ist in vielen unteren Einkommensbereichen über lange Zeiträume nicht nur relativ, sondern auch absolut. Darunter leiden insbesondere die direkt Betroffenen, aber auch in der Gesamtgesellschaft treten die negativen Folgen immer stärker zutage.

Diese gesellschaftliche Entwicklung, die unweigerlich zu einer modernen Refeudalisierung und autoritären Gesellschaftsstrukturen führt, wird vielfältig negativ wahrgenommen und benannt. Politiker*innen, auch aus dem konservativen Lager, und die Leitmedien von Presse und Fernsehen formulieren klare Analysen und die Forderung nach Veränderungen. Was aber fehlt sind klare Ansätze und ernst-

hafte Anstrengungen, um diese Entwicklung zu beenden und umzukehren.

Wir haben daher in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern ein Steuer- und Abgabensystem entwickelt, mit dem eine gerechtere Verteilung des gemeinsamen wirtschaftlichen Ergebnisses erreicht und gesellschaftliche Ungleichheit wieder verringert werden kann. Die Ansätze dafür sind nicht revolutionär, sondern greifen auf die steuerlichen Regelungen zurück, die in der Mitte des letzten Jahrhunderts zu gesamtgesellschaftlichem Wohlstand geführt haben.

Wir haben diskutiert, welches Maximum an Ungleichheit wir im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft für akzeptabel halten. Wir sind der Auffassung, dass niemand

- dauerhaft ein größeres Vermögen als 20 Millionen Euro besitzen sollte, und
- mehr als 2 Millionen Euro im Jahr an Einkommen beziehen sollte.

Mit 20 Millionen Euro kann man sein Leben lang einen sehr hohen Lebensstandard genießen, ohne jemals arbeiten zu müssen. Ein entsprechendes Einkommenslimit hatte Präsident

Roosevelt 1937 in den USA durchgesetzt. Es galt noch unter Kennedy bis 1964.

Auf Basis der aktuellen Daten und wissenschaftlichen Diskussionen haben wir erarbeitet, wie ein Steuersystem aussehen müsste, das fair und ökologisch nachhaltig, in anderen Worten: einer demokratischen Gesellschaft angemessen ist. Revolutionär sind die vorgeschlagenen Regelungen nur im Hinblick auf die gegenwärtige neoliberale Geschichtsvergessenheit.

Für dieses Modell wollen wir Unterstützung gewinnen und fordern, dass es umgesetzt wird. Das wird nicht einfach. Ansporn für uns ist, dass auch unsere Forderung nach einer Gesamtkonzernbesteuerung lange Zeit als unrealistisch abgetan wurde und diese jetzt auf globaler Ebene im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verhandelt wird. Nehmen wir also Steuergerechtigkeit selbst in die Hand!

Alfred Eibl und **Karl-Martin Henschel** sind aktiv in der AG Finanzmärkte und Steuern von Attac.

attac.de/steuerpapier

Eckpunkte unseres Steuerkonzepts

Stärkung der Kommunen und Regionen

Wir schlagen vor, die Finanzmittel nach dem Vorbild von Dänemark und der Schweiz weitgehend zu dezentralisieren, wo über die Hälfte aller staatlichen Ausgaben auf kommunaler Ebene getätigt werden. Für Bürger*innen ist die Steuerzahlung viel nachvollziehbarer, wenn sie direkt sehen, wofür das Geld ausgegeben wird.

Steuern auf Einkommen und Vermögen

Arbeits- und Kapitaleinkommen sollen einheitlich besteuert werden. Bei extrem hohen Einkommen über 40 Millionen Euro soll der Steuersatz auf bis zu 90 Prozent ansteigen.

Die Vermögenssteuer soll künftig als Reichensteuern konzipiert werden. Sie fällt daher erst ab einem Vermögen von über einer Million Euro an und soll verhindern, dass die Vermögenskonzentration weiter zunimmt. Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer soll die absurde Bevorzugung hoher Vermögensübertragungen beenden, die gegenwärtig dazu führt, dass diese kaum besteuert werden.

Unternehmenssteuern

Mit Unternehmenssteuern tragen Unternehmen dazu bei, die Infrastruktur des Landes, von der sie profitieren, zu finanzieren. Gewinne von internationalen Unternehmen sollen nach dem Konzept der Gesamtkonzernsteuer weltweit zusammengerechnet (Weltbilanz) und dann auf die Länder aufgeteilt werden, in denen das Unternehmen tätig ist. Damit wird die Gewinnverlagerung in Steueroasen nutzlos.

Sozialabgaben

Unser Sozialsystem ist in weiten Bereichen noch von ständischen Privilegien geprägt und bedarf einer grundlegenden Reform. Gerade die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, unter denen Haushalte mit geringem Einkommen besonders leiden, machen die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform deutlich. Die allgemeinen Sozialleistungen wie Basisrente, Kindergrundsicherung, Bürgerkrankenversicherung und Mindestversorgung für Arbeitslose

sollen künftig von allen Bürger*innen entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit getragen werden. Auch die Kapitaleinkommen müssen zur Finanzierung des Sozialsystems beitragen. Ergänzt wird dies mit einkommensabhängigen Versicherungsleistungen wie Berufsrenten oder Arbeitslosengeld, die wie bisher durch Beiträge nach dem Äquivalenzprinzip finanziert werden.

Steuervermeidung verhindern

Die besten Gesetze nützen nichts, wenn sie nicht durchgesetzt werden. Deshalb muss die Steuervermeidung sowohl national als auch auf EU-Ebene und international bekämpft werden. Insbesondere brauchen wir auch in Deutschland eine Finanzpolizei, die die Durchsetzung der Steuergesetze auch gegen internationale Banken und Konzerne sicherstellt. Dafür braucht es ein wirksames Unternehmensstrafrecht, das die Verfolgung und Bestrafung von Unternehmen bei Rechtsverstößen auch unabhängig von der Bestrafung einzelner Manager ermöglicht.

Income inequality, Germany, 1980-2019



Grafik: World Inequality Database



Foto: Christa Leibing

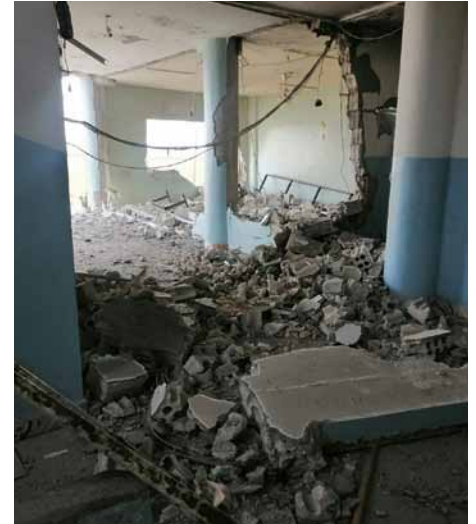
Vergessenes Rojava

Krieg und keiner schaut hin

Es ist ein Krieg niedriger Intensität, der seit mehreren Wochen von der Türkei in Nordostsyrien (kurdisch: Rojava) und Nordirak geführt wird und der in der hiesigen Öffentlichkeit wenig Beachtung findet, obwohl er immer weiter eskaliert.

Seit April droht der türkische Präsident Erdogan mit einer erneuten Militärintervention in Nordostsyrien. Wie schon bei den Angriffen in den Jahren zuvor begründet er dies mit einer vermeintlichen »terroristischen Bedrohung«. Dass diese nicht vorliegt und militärische Angriffe auf die Region daher völkerrechtswidrig sind, hat der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung bereits nach den Angriffen in Afrin im Frühjahr 2018 und bei dem Versuch im Herbst 2019, eine 30 Kilometer breite Sicherheitszone zu besetzen, festgestellt. Das stört Erdogan bisher nicht, hatten diese Angriffe doch keine weitreichenden Konsequenzen für den Nato-Bündnispartner. Es ist zu vermuten, dass die schlechten Umfragewerte für Erdogans Regierungspartei AKP einen Krieg notwendig scheinen lassen, um die nationale Einheit in Krisenzeiten wieder zu festigen und die »neo-osmanischen Expansionspläne« weiter voranzubringen. Deshalb nimmt auch die Repression gegen kurdische Aktivist*innen in der Türkei nicht ab – im Gegenteil.

Die Drohungen sind laut, aber bisher erhält Erdogan von den in Nordostsyrien entscheidenden geopolitischen Akteuren kein grünes Licht für eine Militärintervention. In verschiedenen Runden verhandeln Russland, Iran, Türkei und das Assad-Regime über die Zukunft der Region. Auch US-Truppen sind noch in Nordostsyrien stationiert und garantieren bisher vermeintliche Sicherheit für die Bevölkerung dort. Aus unterschiedlichen Gründen hat momentan niemand Interesse an einer weiteren Destabilisierung in der Region; das mag auch an den anderen Kriegsherden der Welt liegen. Frappierend ist, dass in all diesen Runden weitestgehend ohne die Beteiligung der autonomen Selbstverwaltung Nordostsyriens verhandelt wird: Als internationaler Verhandlungspartner ist die Selbstverwaltung nicht anerkannt. Völkerrechtlich ist Assad weiterhin der Vertreter der Region, obwohl im Nordosten Syriens seit mittlerweile zehn Jahren ein demokratischer Prozess stattfindet, der auf dem Prinzip der gleichen Rechte für alle fußt und ein friedliches Zusammenleben sichert. Das Gebiet der Selbstverwaltung umfasst inzwischen ein Drittel Syriens, ein Großteil der Bewohner*innen ist



Fotos: Rojava Information Center

arabischer Herkunft, aber alle ethnischen und religiösen Minderheiten sind gleichberechtigt an der Selbstverwaltung beteiligt.

Auch wenn es bisher zu keinem Einmarsch gekommen ist, eskaliert die Situation an der Grenze; Leidtragende sind die Menschen vor Ort. Dieses Jahr sind von der Türkei in Nordostsyrien mindestens 75 Drohnen eingesetzt worden, sie haben bisher mindestens 45 Menschen getötet und 80 verletzt. Der Einsatz von Drohnen ist völkerrechtlich ungeklärt, und es gibt bisher keine Handhabe gegen diese Praxis. Seit Wochen nehmen Drohneinsätze sowie Beschuss durch Artillerie stark zu, fast täglich gibt es Meldungen über Angriffe. Es werden zivile Gegenden beschossen. Sowohl die großen Städte nahe der Grenze, aber auch kleine Dörfer sind Angriffsziele. Waren es in den Monaten zuvor noch vorrangig militärisches Personal und hochrangige Politiker*innen, ist sich nun niemand mehr sicher, nicht auch getroffen zu werden. Das führt zu einer extremen psychischen Belastung für die Bewohner*innen, die Angst haben, sich im öffentlichen Raum zu bewegen.

Bei ihrem Türkei-Besuch Ende Juli hat die deutsche Außenministerin Baerbock überraschend deutliche Worte an ihren türkischen Amtskollegen gerichtet und sich gegen eine weitere Militärintervention in Nordostsyrien ausgesprochen. Ob ein Einmarsch wirkliche Konsequenzen für die Türkei hätte, die ihre Vermittlerkarte im Ukraine-Krieg weiter ausspielt, bleibt dennoch fraglich. Seit zehn Jahren hat sich die Selbstverwaltung in Nordostsyrien mit

ihren demokratischen Prinzipien durchgesetzt. Dies wäre Anlass genug für einen politischen Kurswechsel in EU und Nato, der sich nicht mehr an der menschenverachtenden Haltung Erdogans und seiner AKP-Regierung orientiert, sondern die Anstrengungen der Selbstverwaltung würdigt, die nach einer nachhaltig friedlichen Lösung sucht.

Das Handeln der internationalen Gemeinschaft und der Bundesregierung scheint da oftmals widersprüchlich. Während Waffenlieferungen und Aufrüstung zur Verteidigung von Menschen- und Völkerrecht gegen den russischen Angriffskrieg in die Ukraine beschlossen werden, kann das Nato-Mitglied Türkei seit vielen Jahren fast ungestört genauso ebene Werte missachten, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Etwas weniger Doppelmoral wäre hier durchaus angebracht, nicht zuletzt zugunsten der Leidtragenden, die sich auch aufgrund des Erdogan-Krieges auf die Flucht begeben müssen. Bis dahin bleibt nur, mit denjenigen solidarisch zu sein, die vor Ort an den demokratischen Prinzipien und Menschenrechten festhalten, und sie angesichts aller anderer Kriegs- und Krisenherde der Welt nicht zu vergessen.

Anita Starosta ist bei der Attac-Mitgliedsorganisation *medico international* für die Öffentlichkeitsarbeit für die Türkei, Nordsyrien und den Irak zuständig.

Mehr zum Engagement von *medico international* in Rojava unter medico.de/rojawa

Wege aus der multiplen Krise

Überleben im Alltag sichern und die große Veränderung angehen



Foto: acmphoto.de

Angesichts der vielen sich überlappenden Krisen kann Ratlosigkeit aufkommen. Wo und wie weiter? Der Krieg in der Ukraine macht Angst, Preissteigerungen und drohende Energieknappheit betreffen unmittelbar die Lebensbedingungen vieler Menschen, und der drohende Klimakollaps rückt näher. Alle drei Krisen und auch ihre Lösung hängen zusammen, und als Attac müssen wir sie auch zusammen angehen.

Die Lieferengpässe und Preissteigerungen bei Gas und Öl sind in Teilen auf die gerechtfertigten Sanktionen gegen Russland zurückzuführen. Sie bedeuten aber, dass viele Menschen in diesem Land die gestiegenen Kosten nicht mehr bezahlen können. Attac setzt sich daher – zusammen mit direkt Betroffenen, Sozialverbänden und Gewerkschaften – für die Grundversorgung von privaten Haushalten mit Strom und Gas zu einem Fixpreis und für progressive Preissteigerungen bei verschwenderisch hohem Verbrauch ein. Das entlastet Geringverdienende, belastet Luxusleben und ist gelebte Umverteilung. Zur Finanzierung müssen zudem die skandalösen Übergewinne der Energiekonzerne besteuert werden. Außerdem bleiben wir bei unseren Forderungen nach Vermögenssteuern bzw. -abgaben und einer höheren Besteuerung großer Einkommen!

Wohnen darf jetzt nicht weiter zur Belastung werden. Neben dem Verbot von Gas- und Stromsperrern muss es Unterstützung für Menschen geben, die durch schlecht gedämmte Wohnungen hohe Energiekosten haben. Damit die Krise

nicht zur Mieterhöhung genutzt wird, brauchen wir wirksame Mietendeckel.

Im Verkehrssektor ermöglicht das 9-Euro-Ticket ärmeren Menschen größere Mobilität. Das war überfällig! Wir fordern daher, dass das 9-Euro-Ticket weitergeführt und gleichzeitig der öffentliche Verkehr schnell ausgebaut wird – beides wäre durch den Subventionsabbau beim Autoverkehr finanzierbar.

Um diese drei Konfliktfelder werden sich die Auseinandersetzungen im Herbst drehen. Wir werden bei den Protesten für soziale Sicherheit dabei sein. Wir werden uns aber klar von Rechten, Querfrontler*innen und Klimawandelleugner*innen abgrenzen. Es braucht massiven außerparlamentarischen Druck auf die Regierung. Dort scheint die FDP der Hauptgegner zu sein, doch solange SPD und Grüne sich nicht einmal zu einer Übergewinnsteuer durchringen können, bleiben ihre Absichtserklärungen für eine gerechte Entlastung reine Lippenbekenntnisse.

Diese Kämpfe bleiben jedoch Abwehrkämpfe. Solange es möglich ist, dass Gasspeicher in Deutschland wieder entleert werden, weil die »Besitzer« des Gases anderswo mehr Gewinn erzielen können, solange Gastanker in voller Fahrt umkehren, weil sich das Gas in Europa profitabler verkaufen lässt als in Asien, bleibt es dabei, dass notwendige Ressourcen nicht weltweit nach dem Bedarf der Menschen verteilt werden. Dass in Europa aufgrund der Engpässe durch ausbleibendes russisches Gas Flüssiggas (LNG) zu erhöhten Preisen verkauft werden

kann, treibt Länder des Globalen Südens in den Ruin. Myanmar musste seine LNG-Käufe stoppen, in Bangladesch muss Strom inzwischen rationiert werden.

Solange es private Verfügungsgewalt darüber gibt, wer zu welchen Preisen was erhält, reicht auch eine Übergewinnsteuer nicht. Börsengehandelte Rohstoffe, »Spotmärkte« an den Börsen, bei denen sofort bezahlt und zeitnah geliefert wird, oder Spekulation mit Termingeschäften sind Ausdruck von Marktmechanismen, in denen nur Profit zählt.

Es ist Zeit, den großen Konzernen diese Verfügungsgewalt zu nehmen und sie in Gemeineigentum zu überführen. Nur wenn die Gesellschaften die Hoheit darüber erlangen, was wo und wie produziert und verteilt wird, lässt sich auch die größte aktuelle Herausforderung lösen: angesichts der sich verschärfenden Klimakatastrophe das Ruder noch herumzureißen und das Überleben der Menschen auf diesem Planeten zu sichern. Die Zeit drängt. Fossile Energien müssen durch erneuerbare ersetzt, umweltzerstörende Landwirtschaft muss beendet und unnütze Produktion – einschließlich der von Rüstungsgütern – muss abgeschafft werden, Mobilität muss zukünftig weitgehend autofrei sein.

Das geht nur, wenn private Profitinteressen abgeschafft und gesellschaftliche Hoheit über die notwendigen Transformationsprozesse erkämpft sind. Dann wird es auch leichter, Ländern wie Russland oder Saudi-Arabien, die extraktivistisch auf den Export fossiler Energien bauen, einen Umstieg zu ermöglichen. Und wir müssen auch nicht mehr die rückwärtsgewandte Lobbyarbeit von Konzernen für Atomkraft oder Braunkohle ertragen.

Auf Inflation und Preissteigerungen zu reagieren ist wichtig. Menschen werden sich nur für eine bessere Welt einsetzen, wenn ihr Alltag gesichert ist und sie den Kopf frei haben, um sich an den anstehenden Transformationsprozessen eines tiefgreifenden sozial-ökologischen Wandels zu beteiligen. Ein emanzipatorisches Grundeinkommen könnte dabei helfen.

Um der nächsten Generation ihr Überleben zu sichern, müssen wir die große sozial-ökologische Transformation jetzt angehen. Die Erkenntnis ist nicht neu in Attac, jetzt kommt es darauf an, sie umzusetzen!

Achim Heier ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.



Mercosur-Abkommen stoppen, Foto: attac.de



Nein zur Aufrüstung, Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

2. Juni 2022

Studie zu EU-Mercosur-Abkommen belegt: Mobilitätswende ausgebremst

Autokonzerne haben die Verhandlungen über das noch nicht unterschriebene Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten erheblich beeinflusst – und würden von dem Abkommen in besonderem Maße profitieren. Das zeigt die Studie »Mobilitätswende ausgebremst. Das EU-Mercosur-Abkommen und die Autoindustrie«, die Attac mit herausgegeben hat. Dabei ging die Lobbyarbeit nicht nur von den Konzernen aus: Interne E-Mails belegen, wie Mitarbeiter*innen des Bundeswirtschaftsministeriums und der EU-Kommission aktiv auf Wirtschaftsverbände zuzugingen, um deren Wünsche für das Abkommen zu erfragen.

3. Juni 2022

Nein zur Aufrüstung – Attac fordert 100 Milliarden für sozial-ökologischen Umbau

Vor der Bundestagsentscheidung zum größten Aufrüstungsprogramm der Nachkriegsgeschichte protestieren Attac-Aktivist*innen vor dem Bundestag gegen das geplante Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Sie kritisieren, dass gleichzeitig viel zu wenig für Klimaschutz und sozialen Ausgleich getan wird, und fordern die Bundestagsabgeordneten auf, gegen die Aufrüstung zu stimmen.

3. Juni 2022

Arbeitszeitverkürzung – Lösung für (fast) alle Probleme?!

Attac-Aktive und Interessierte diskutieren bei der Online-Veranstaltung »Am 03. für die 30« der Attac-Arbeitsgruppe »ArbeitFairTeilen« über das Thema Zeitwohlstand.

18. und 19. Juni 2022

Aktionstage »Mobilitätswende Jetzt«

Überall im Land engagieren sich Menschen für die Mobilitätswende. Unter dem Motto »Autofreie Tage selber machen« setzen sie bei den

dezentralen Aktionstagen gemeinsam ein Zeichen: für flächendeckend bessere Angebote und bezahlbare Tickets bei Bus und Bahn, mehr Platz fürs Radfahren und Zufußgehen, einen Baustopp von Autobahnen und Bundesstraßen und eine Verkehrspolitik mit deutlich weniger Autos. Auch viele Attac-Gruppen sind dabei.

23. Juni 2022

Kriegsgewinnler zur Kasse: Attac fordert Übergewinnsteuer

Die Corona-Pandemie und die Folgen des Überfalls Russlands auf die Ukraine haben viele Menschen hart getroffen. Gleichzeitig fahren Konzerne etwa in der Öl- und Pharmaindustrie Rekordgewinne ein. Attac fordert deshalb die Einführung einer Übergewinnsteuer sowie weitere Maßnahmen für eine gerechtere Unternehmensbesteuerung.

24. Juni 2022

Reform des Energiecharta-Vertrages gescheitert – Zivilgesellschaft fordert Austritt

Nachdem die Reformverhandlungen über den ECT-Vertrag mit enttäuschenden Ergebnissen zu Ende gegangen sind, fordern zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Attac, dass Deutschland und weitere EU-Mitgliedsstaaten aus dem ECT aussteigen. Der Vertrag schützt in der EU bis mindestens 2033 Investitionen in fossile Brennstoffe. Außerhalb der EU sollen gar keine Beschränkungen für den Schutz von Investitionen in fossile Brennstoffe gelten. Fazit: Der ECT ist klimafeindlich und behindert die Energiewende.

24. bis 28. Juni 2022

G7-Gipfel? Gerecht geht anders!

Mehr als 5000 Menschen folgen dem Aufruf eines breiten Bündnisses unter Beteiligung von Attac und demonstrieren in München gegen die Politik der G7-Staaten. »Klimakrise, Artensterben, Ungleichheit: Gerecht geht anders!« lautet das Motto der Proteste. Neben der Demo beteiligt sich Attac auch am Alternativgipfel »Global gerecht wirtschaften in Krisenzeiten« in München.

1. Juli 2022

Bundestag muss CETA-Ratifizierung stoppen

EU-Kanada-Abkommen CETA fördert eine Paralleljustiz für Unternehmen und schwächt die Demokratie: Anlässlich der ersten Lesung im Bundestag fordert Attac die Abgeordneten daher auf, CETA nicht zu ratifizieren. Es gilt, umfangreiche Sonderklagerechte für internationale Konzerne zu verhindern und der Entmachtung der Parlamente entgegenzutreten.

7. Juli 2022

»ÖPNV braucht Zukunft«: Bund und Länder müssen umlenken

Das 9-Euro-Ticket ist ein Erfolgsmodell, doch die Bundesregierung will es nicht verlängern. Das breite Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft«, dem neben Attac unter anderem Fridays for Future, die Gewerkschaft Verdi sowie der BUND angehören, fordert deshalb Bund und Länder auf, umzulenken: Das Angebot im öffentlichen Verkehr muss besser und barrierefrei werden. Außerdem brauchen wir ein einfaches und günstiges Preissystem.

22. Juli 2022

Steuerparadiese schließen: Globale UN-Steuerkonvention jetzt!

Als Teil der Global Alliance for Tax Justice (GATJ) unterstützt Attac Deutschland die Forderung der Konferenz der afrikanischen Finanzminister*innen nach einer verbindlichen multilateralen UN-Steuerkonvention nach dem Vorbild der Klimakonvention.

30. Juli 2022

TransformLEJ: Ausbau des Leipziger Flughafens stoppen!

Die Attac-Kampagnengruppe »einfach.umsteigen« beteiligt sich an der Demo des Bündnisses »TransformLEJ« gegen den Ausbau des Leipziger Flughafens und für ein Nachtflugverbot.

10. August 2022

Attac verurteilt Verhaftung von Walden Bello

Unter dem Vorwurf der »Cyberverleumdung«



Europäische Sommeruniversität, Foto: acmphoto.de



Rote Linie gegen Konzernmacht, Foto: acmphoto.de

ist der philippinische Träger des Alternativen Nobelpreises, Walden Bello, festgenommen worden. Das Europäische Attac-Netzwerk (EAN) verurteilt die Verhaftung scharf als einen Akt politischer Verfolgung und fordert die philippinischen Behörden auf, die rachsüchtige Anklage fallen zu lassen.

16. August 2022

Übergewinnsteuer: Bis zu 100 Milliarden Euro für Deutschland

Um 60 Milliarden US-Dollar haben allein die sechs führenden Mineralölkonzerne ihre Gewinne im ersten Halbjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöht. Zeit, die Mega-Profiten der Krisengewinnler abzuschöpfen: Eine aktuelle Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit, in dem Attac mitarbeitet, schätzt, dass Deutschland durch eine Übergewinnsteuer für Energieunternehmen etwa 30 Milliarden bis 100 Milliarden Euro Mehreinnahmen gewinnen könnte.

17. bis 21. August 2022

Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen in Mönchengladbach

Von der Klimakrise über Corona bis zur aktuellen Krisenpolitik und dem Krieg in der Ukraine: Bei der von Attac ausgerichteten Europäischen Sommeruniversität der sozialen Bewegungen in Mönchengladbach geht es um die brennenden Themen unserer Zeit. Mehr als 600 Teilnehmer*innen aus vielen Ländern diskutieren, tauschen sich aus, hören Vorträge und besuchen Workshops. Bei Konzerten und im schönen Innenhof entspannen sie.

17. bis 21. August 2022

Gefälschte Lindner-Plakate: »Sollen sie doch Porsche fahren«

Rund um die Europäische Sommerakademie in Mönchengladbach und in anderen Städten im Rheinland tauchen gefälschte FDP-Plakate mit dem Konterfei Christian Lindners auf. »Kein Geld für den ÖPNV? Sollen sie doch Porsche fahren« legen die Aktivist*innen von Dies Irae dem Politiker in den Mund. Das Medienecho

ist groß. Der Staatsschutz ermittelt gegen die Satireaktion.

20. August 2022

RWE stoppen! Rote Linie gegen Konzernmacht

Mehrere hundert Teilnehmer*innen der ESU setzen ein starkes Zeichen für den Erhalt von Lützerath: Mit einer symbolischen roten Linie stellen sie sich dem weiteren Braunkohleabbau beim Tagebau Garzweiler, der das Dorf bedroht, in den Weg. Viele Aktivist*innen helfen zudem in einem Akt spontanen zivilen Ungehorsams dabei, Brechen in den Erdwall zu schaufeln, den der Energiekonzern RWE um das Dorf gezogen hat.

27. August 2022

Dezentraler Aktionstag: 9-Euro-Ticket? Weiterfahren!

Mit einem dezentralen Aktionstag in mehr als 30 Städten im ganzen Land fordert die Initiative »9-Euro-Ticket weiterfahren«, zu der auch Attac gehört, eine nahtlose Anschlusslösung an das 9-Euro-Ticket, das Ende August auslaufen soll. Neben dem barrierefreien Ausbau der Bahn und einem dauerhaft günstigen und bundesweit gültigen ÖPNV-Ticket fordert die Initiative auch bessere Arbeitsbedingungen für die im ÖPNV Beschäftigten.

23. September 2022

Globaler Klimastreik: Mit Fridays for Future auf den Straßen

Weltweit gehen Menschen beim globalen Klimastreik von Fridays for Future für eine schnellere und umfassende Klimapolitik, die auch den Globalen Süden fair unterstützt, auf die Straßen. Attac unterstützt die Proteste. Denn: Nach fast einem Jahr Ampel-Regierung zeigt sich: Für das 1,5-Grad-Klimaschutz-Ziel reicht es noch lange nicht. Jetzt gilt es, in eine erneuerbare Zukunft zu investieren, die Verkehrswende umzusetzen und die Transformation sozial gerecht zu gestalten. (Termin nach Redaktionsschluss)

Termine unter:

attac.de/veranstaltungen

Ausblick

Herbst 2022

Heißer Herbst für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz

Auch wenn zu Redaktionsschluss Ende August vieles noch unklar ist – eins steht fest: Angeichts explodierender (Energie-)Preise, Mega-Konzernprofiten und immer deutlicheren Folgen des Klimawandels ist es Zeit, massenhaft für eine sozial gerechte und klimafreundliche Politik auf die Straße zu gehen. Attac wird mit Bündnispartnern aus dem emanzipatorischen Bewegungsspektrum zu Sozialprotesten mobilisieren, die sich für eine sozial gerechte Energieumdeutung und den ökologischen Umbau einsetzen. Weitere Infos folgen: attac.de

7. bis 10. Oktober 2022

Konferenz: »Vergesellschaftung. Strategien für eine demokratische Wirtschaft«

Ob Klimakatastrophe oder globale Ungerechtigkeit, ob Mietenwahnsinn oder Pflegenotstand: Eigentumsfragen liegen an der Wurzel zahlreicher Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Auf der von Attac organisierten Konferenz sind Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen, Politiker*innen und viele mehr eingeladen, radikale Perspektiven auf die Gegenwart für eine bessere Zukunft einzunehmen.

21. bis 23. Oktober 2022

Herbstratschlag

Die Attac-Aktiven kommen in Frankfurt zum Ratschlag zusammen, dem Basistreffen des Netzwerks. Im Mittelpunkt steht die Diskussion über eine solidarische Antwort auf die massiven (Energie-)Preissteigerungen. Es gilt, eine weitere soziale Spaltung zu verhindern und zugleich soziale Gerechtigkeit nicht gegen die Bekämpfung der Klimakrise auszuspielen. Ein weiteres Thema beim Ratschlag ist das Projekt »Globalisierungskritik neu denken und Attac zukunftsfähig machen«. Die Delegierten verabschieden zudem den Haushaltsplan fürs kommende Jahr.

Vergesellschaftung vor Privateigentum

Es steckt kein Wir im Ich



Foto: Attac Köln

»Meins! Das gehört mir und nur ich entscheide, was ich damit mache!« – Privateigentum spielt eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft, in Deutschland hat es sogar Verfassungsrang. Und längst geht es nicht mehr nur um reale Dinge, um Lebensmittel, Häuser oder Autos, sondern um Lizenzen, Patente, um alles, womit sich Geld verdienen lässt. Sich eine Gesellschaft mit weniger oder gar ohne Privat- und mehr Gemeineigentum vorzustellen, fällt vielen Menschen schwer. Dabei ist die hohe Bedeutung von Privateigentum eine relativ neue Erscheinung in der Geschichte der Menschheit. Sie hat sich erst mit der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft herausgebildet.

Das Grundgesetz schützt nicht nur das Eigentum, es definiert auch seine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit. Außerdem sieht es die Möglichkeit zur Vergesellschaftung von Unternehmen und Enteignung vor. Die Auseinandersetzung um den Berliner Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne spiegelt den Zielkonflikt wider. Was ist wichtiger: Eigentum zu schützen, inklusive des Rechts, damit unbegrenzt Geld zu verdienen, oder das Gemeinwohl zu stärken und den Bedarf nach Wohnungen zu erfüllen? Es geht dabei nicht allein um die Frage der verfassungsrechtlich richtigen Auslegung des Grundgesetzes, sondern um eine primär politische:

Inwieweit haben Renditeerwartungen großer Wohnungskonzerne Vorrang vor dem Gemeinwohl und dem individuellen Recht auf angemessenen Wohnraum?

Seit den 1980er Jahren wurde weltweit zunehmend gesellschaftliches Eigentum in privates umgewandelt. »Privat vor Staat« lautete die Devise. Stadtwerke und Wohnungen wurden verkauft, öffentliche Postunternehmen und Bahnen an die Börse gebracht. Kritiker*innen dieses Ausverkaufs wurden als Ewiggestrige abgestempelt, die nicht einsehen wollen, dass Privatisierungen nur Vorteile bringen.

Tatsächlich haben viele im Zuge der Privatisierungswelle sehr gut verdient, insbesondere Menschen mit hohem Vermögen. Die Anzahl der Verlierer*innen ist jedoch weitaus höher. Das sind nämlich diejenigen, die keinen Verdienst aus Vermögen beziehen oder sich zum Beispiel keine angemessene Wohnung mehr leisten können.

Nachdem der Nimbus des Privateigentums schon während der Finanzkrise 2007/08 dicke Kratzer bekommen hatte und Forderungen nach Alternativen laut geworden waren, zeigen die Coronapandemie und die aktuelle Energiekrise die hohe Anfälligkeit des Systems erneut: Der Markt regelt es nicht nur nicht, er versagt in Krisenzeiten sogar komplett. Kapitalbesitzer*innen pochen zwar unverfroren auf ihr vermeintliches Recht auf Rendite,

wollen aber nichts von Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit hören. Um die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat mit ausreichend Ressourcen.

Was liegt also näher, als die Eigentumsfrage zu stellen? Nicht nur bei großen Wohnungskonzerne und Energieversorgern, sondern in allen Bereichen, die Güter und Dienstleistungen herstellen, die wir für ein gutes Leben für alle brauchen.

In verschiedenen Bereichen sind die Anfänge bereits gemacht: 2013 gab es in Hamburg einen erfolgreichen Volksentscheid zum Rückkauf des Stromnetzes, der 2014 vollzogen wurde. 2021 gab es im Wohnungssektor den erfolgreichen Volksentscheid zur Enteignung von Deutschen Wohnen & Co. Und aktuell mobilisiert die Initiative »RWE & Co enteignen« dafür, die Energieproduktion zu vergesellschaften. Daneben finden an vielen Orten Rekommunalisierungen statt, beispielweise im Bereich der Abfallentsorgung.

Diese Ansätze sollten wir nutzen, um die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Eigentumsverhältnisse sind nicht vom Himmel gefallen, sondern gesellschaftlich gemacht, und sie können verändert werden. Sie sind Ausdruck politischer Machtverhältnisse, die wir verschieben müssen! Die Zuspitzung des Artensterbens und der Klimakatastrophe, die Konzentration von Reichtum, die zunehmende Unsicherheit der Lebensperspektiven vieler Menschen, Wohnungsnot und steigende Mieten zeigen, dass es radikale und grundsätzliche Lösungen braucht.

Die von Attac mitorganisierte Konferenz »Vergesellschaftung – Strategien für eine demokratische Wirtschaft« vom 7. bis 9. Oktober in Berlin passt daher gut in die Landschaft. Vom Wohnen über das Gesundheitssystem und Mobilität bis hin zur Energieversorgung muss die Eigentumsfrage neu gestellt werden. Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen, Gewerkschafter*innen und Politiker*innen werden zusammenkommen und sich austauschen, welchen Beitrag die wachsende Vergesellschaftungsbewegung für eine am Gemeinwohl ausgerichtete demokratische Wirtschaft leisten kann.

Thomas Eberhardt-Köster vertritt Attac im Trägerkreis der Vergesellschaftungskonferenz.

attac.de/wohnen-und-eigentum

Spannende Tage im August

Das war die ESU 2022

Von der Klimakrise über die Corona-Pandemie bis zur aktuellen Krisenpolitik und dem Krieg in der Ukraine: Bei der Europäischen Sommeruniversität der sozialen Bewegungen (ESU 2022) ging es um die brennenden Themen unserer Zeit. Hunderte Aktivist*innen und politisch Interessierte aus ganz Europa trafen sich dafür auf Einladung von Attac vom 17. bis 21. August an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach. Sie erwartete ein vielfältiges Programm aus etwa hundert Foren und Workshops, Exkursionen sowie einem breit gefächerten kulturellen Angebot.

Unter den mehr als 200 Referent*innen waren Expert*innen aus dem In- und Ausland, die sich mit dem Zusammenwirken der Kämpfe für soziale und Klima-Gerechtigkeit, Strategien gegen den Aufstieg der globalen Rechten, der Stärkung der Demokratie und vielen anderen Fragen beschäftigten. Neue Netzwerke wurden gebildet, alte gestärkt, der internationale Austausch intensiviert. Viele der Teilnehmenden freuten sich vor allem auch über die Aktion am

Samstag: Sie führte zum Rand des Tagebaus an das vom Abriss bedrohte Dorf Lützerath, wo die Aktivist*innen eine beeindruckende »rote Linie gegen Klimakrise und Konzernmacht« bildeten.

Die ESU 2022 in Mönchengladbach war bereits die fünfte gemeinsame Sommeruniversität des Europäischen Attac-Netzwerks. Den Auftakt machte 2008 Saarbrücken, es folgten Freiburg 2011 sowie Paris 2014 und zuletzt Toulouse im Jahr 2017 – jede dieser Veranstaltungen hat die internationale Vernetzung der Bewegungen ein gutes Stück vorangebracht, und auch diese ESU hat wieder viele neue Impulse geben können.

Für alle, die nicht dabei sein konnten, und für die, die sich ein paar Erinnerungen auf ihrer Festplatte sichern möchten, ist eine kleine Dokumentation der ESU 2022 unter esu22.eu/dokumentation zusammengestellt. Neben einer Fotogalerie findet sich dort auch ein Link zu den Videoaufzeichnungen der großen Plenarveranstaltungen.



Foto: acmphoto.de

9-Euro-Ticket weiterfahren, klimafreundlichen Verkehr ausbauen, Finanzierung des Autoverkehrs beenden!

Das 9-Euro-Ticket ist ein Erfolgsmodell. Die massenhafte Nutzung zeigt den hohen Bedarf an bezahlbaren Bus- und Bahnverbindungen und die Vorzüge eines einfachen Tickets. Menschen steigen vom Auto auf den öffentlichen Verkehr um. Wer wenig Geld hat, ist mit dem 9-Euro-Ticket mobil. Das 9-Euro-Ticket deckt aber auch die Kapazitätsgrenzen des ÖPNV auf, besonders auf dem Land. Wenn bis 2030 der öffentliche Verkehr verdoppelt und der Autoverkehr halbiert werden soll, muss schnell in den öffentlichen Verkehrssektor investiert werden – in Strecken, Busse und Bahnen, Haltestellen und Personal zu guten Bedingungen.

Jetzt muss für günstige Fahrpreise und den Ausbau des ÖPNV Druck gemacht werden! Deshalb ist im Juli unter Beteiligung von Attac die Initiative »9-Euro-Ticket weiterfahren« entstanden und hat zur breiten Debatte um die Mobilität der Zukunft beigetragen.

Inzwischen gibt es von vielen Seiten Vorschläge für günstiges Fahren und Ausbau des

öffentlichen Verkehrs. Das verschärft den Druck auf die Politik und bringt den Kampf um die notwendige sozial-ökologische Transformation des Mobilitätssektors voran, denn der motorisierte Individualverkehr ist immer noch einer der größten Emittenten von CO₂ und Schadstoffen. Wenn umweltschädliche Subventionen (Diesel- und Dienstwagenprivileg) gestrichen und Autobahn- und Fernstraßenausbau gestoppt werden, ist preisgünstiges Fahren und schneller Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch finanzierbar. Ein wichtiger Schritt, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern!

Dafür arbeiten wir gemäß unserem Motto »Öffis statt Autos« in der Initiative »9-Euro-Ticket weiterfahren« mit – wir freuen uns über Unterstützung!

Kampagnengruppe »einfach.umsteigen«

attac.de/einfach-umsteigen
[9-euro-ticket-weiterfahren.de](https://attac.de/9-euro-ticket-weiterfahren.de)



Foto: attac.de

Menschen in Attac

Internationale Vernetzung für Frauenrechte und sozial-ökologische Transformation

Maria Wahle ist 35, seit 2012 bei Attac aktiv, und engagiert sich unter anderem im bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Wir haben mit ihr über die zurückliegende Europäische Sommeruniversität der sozialen Bewegungen sowie über die Sichtbarkeit und Kämpfe von Frauen gesprochen.

Maria, was hat Dich zu Attac geführt?

Beruflich bedingt habe ich mich vor einigen Jahren längere Zeit in der Danakil-Wüste in Äthiopien aufgehalten und dort hatte ich viel Zeit zu lesen. Dabei bin ich irgendwann über einige inspirierende Texte von Attac gestolpert. Also wollte ich herausfinden, ob dieses Netzwerk ein spannendes Umfeld für politisches Engagement bieten kann und habe nach meiner Rückkehr die Regionalgruppe in Erfurt besucht. Dort habe ich mich gleich wohlfühlt, und die Zusammenarbeit mit Menschen auch aus älteren Generationen hat mir Sicherheit gegeben und mich motiviert, mich auch über Attac Erfurt hinaus in der bundesweiten Arbeit einzubringen.

In Attac beschäftigt uns vor allem die dringende Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Wandels – diesen gestaltest Du selbst ganz konkret auch in Deinem Alltag.

Ich habe inzwischen einen neuen Beruf als Gemüsegärtnerin und bin in diesem Jahr umgezogen. Gemeinsam mit Freund*innen habe ich einen Dreiseithof in der Region nördlich von Jena gekauft. Wir bauen hier ein erstes Projekt im sogenannten Ackersyndikat auf. Das Syndikat besteht seit 2020 und hat zum Ziel, selbstverwaltete Höfe zu vernetzen, in denen kleinbäuerliche, solidarische und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft betrieben wird.

Du bist gerade von der von Attac mitveranstalteten Europäischen Sommeruniversität der sozialen Bewegungen (ESU) heimgekommen – wie hast Du die fünftägige Veranstaltung in Mönchengladbach erlebt?

Die ESU war für mich ein sehr inspirierender Ort. Durch meine intensive Beteiligung an der Organisation hatte ich zwar kaum Gelegenheit, an den zahlreich angebotenen Foren und Workshops teilzunehmen – aber es war toll, in den Pausen, beim Kaffee und abends bei Feierstimmung so viele engagierte Aktivist*innen aus ganz Europa kennenzulernen. Besonders motivierend fand ich



Foto: privat

die breite Beteiligung vieler junger Menschen und vor allem von Frauen bzw. FLINTA*s. Da hat sich einiges bewegt.

Die Kämpfe von Frauen bzw. FLINTA*s waren bei der ESU immer wieder Thema – wo liegt für Dich darin der besondere Wert?

Damit soziale Bewegungen stark werden, braucht es die breite Beteiligung möglichst vieler Menschen. Gleichzeitig ist unsere Gesellschaft diverser geworden. Dabei haben nicht alle die gleichen Privilegien und wirtschaftliche, soziale und ökologische Misslagen betreffen unterschiedliche Menschen auf unterschiedliche Weise. Gerade FLINTA*Personen sind oftmals um ein Vielfaches stärker von den zahlreichen Krisen unserer Zeit betroffen und es ist notwendig, auf ihre Stimmen zu hören und ihre Kämpfe zu unterstützen.

Welche haben Dich in den letzten Monaten besonders bewegt?

Ich bin begeistert von den zunehmenden Frauenstreiks, mit denen FLINTA*s für ihre Rechte kämpfen und gleichzeitig progressive Forderungen in vielen Politikfeldern voranbringen, die uns auch bei Attac beschäftigen. Gleichzeitig haben mich Rückschläge wie kürzlich die Aufhebung des verfassungsrechtlich garantierten Rechts auf Abtreibung durch den US-amerikanischen Supreme Court doch erschüttert.

Warum ist dieses Urteil – auch international – ein besonderer Skandal?

Die Rücknahme dieses Rechts ist ein weiteres Indiz für die Gefahr einer weltweiten autoritären Wende. Radikal konservative und rechts-extreme Kräfte beschneiden oftmals zuerst die Rechte von Frauen, bevor sie auch weitere Grundrechte, die alle Menschen gleichermaßen haben sollten, zu zerstören versuchen. Es ist frustrierend, dass die Erfolge jahrzehntelanger Kämpfe von FLINTA*s in immer mehr Ländern in Frage gestellt werden.

Wo siehst Du Hebel, die wir als globalisierungskritisches Netzwerk bedienen können?

Attac ist ein internationaler Zusammenschluss von Aktivist*innen aus vielen verschiedenen Ländern weltweit. Wir können dadurch viel Vernetzungsarbeit leisten, voneinander lernen und gemeinsame Strategien entwickeln. Die ESU hat auch für Attac das Potential gezeigt, noch breiter und progressiver zu werden – dafür braucht es noch viel mehr Menschen und Diversität!

Was sind FLINTA*s?

Der Begriff FLINTA steht für Frauen, die sich mit ihrem Geburtsgeschlecht identifizieren, für Lesben, inter- und transsexuelle Menschen sowie für Menschen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen können oder wollen. Das Sternchen soll zeigen, dass es viele weitere Ein- und Zuordnungen neben biologischem (»sex«) und sozialem Geschlecht (»gender«) gibt.

Neu im Webshop

Redaktionskollektiv »Autokorrektur« (Hg.):
Aktionsbuch Verkehrswende
Acker, Wiese & Wald statt Asphalt

Die Verkehrswende nimmt Fahrt auf: Initiativen diskutieren kostenlosen ÖPNV, streiten für autofreie Innenstädte und organisieren Fahrraddemos mit Tausenden von Teilnehmenden – manchmal mitten auf der Autobahn. Auch aus der Klimabewegung entstehen derzeit viele neue Ideen, wie das dringende Thema einer klima-, umwelt- und menschenfreundlichen Fortbewegung angegangen werden kann.

Das Aktionsbuch ist eine Momentaufnahme der Strategien sowie Aktionen der Bewegung für die Verkehrswende und gibt Impulse für deren Weiterentwicklung. Mit seiner Mischung aus Reportagen, Erfahrungsberichten, Aktionsideen, Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen leistet es allen gute Dienste, die sich für eine Verkehrswende engagieren oder engagieren möchten. Es ist auch ein Plädoyer für die Vielfalt, die die verschiedenen Strömungen so stark macht. Viele Autor*innen aus verschiedenen Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung und lokalen Verkehrswende-Initiativen haben an diesem Aktionsbuch mitgeschrieben und lassen die Leser*innen an ihren Erfahrungen teilhaben und aus ihnen lernen.



Hrsg. vom Redaktionskollektiv »Autokorrektur«
(Clara Thompson, Tobi Rosswog, Jutta Sundermann, Jörg Bergstedt)
112 Seiten, 15 Euro

Bestellungen online unter attac.de/shop,
telefonisch unter 069-900 281-10 oder
per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler

Vi.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Warme Wohnungen statt sozialer Kälte!

Die Energiepreise haben schwindelerregende Höhen erklommen, die nur teilweise mit gestiegenen Weltmarktpreisen für Rohstoffe erklärbar sind. Währenddessen jubelt der Energiekonzern RWE über einen verdoppelten Milliardengewinn schon im ersten Halbjahr 2022 und freut sich auf klingelnde Kassen auch im zweiten. Auch die internationalen »Big Oil«-Konzerne wissen zurzeit nicht wohin mit ihren explodierenden Gewinnen: Exxon Mobil, BP, Total, Shell und Chevron verdienten allein im zweiten Quartal 62 Milliarden Dollar; die weltweit gestiegenen Energiepreise haben ihnen die höchsten Profite seit Jahren beschert.

Statt nun allerdings dort abzukassieren, wo diese Kriegs- und Krisengewinne gemacht werden – bei den Konzernen selbst oder bei den Aktionär*innen – stellt die Bundesregierung ein

»Entlastungspaket« vor, das gerade die unteren und mittleren Einkommen im Vergleich zu Gutverdienenden benachteiligt. Gleichzeitig bleiben große Vermögen weiterhin unangetastet, die während der Krise mächtig anschwellen. Das müssen wir ändern! Deshalb werden wir verstärkt für soziale Gerechtigkeit aktiv – und werden zugleich alles dafür tun, dass diese notwendigen Proteste nicht von rechts, von Unterstützer*innen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine oder von Klimawandelleugner*innen vereinnahmt werden.

Damit uns das gelingt, unterstütze das Engagement von Attac für eine soziale und klimafreundliche Politik mit deiner Spende!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: acmphoto.de

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz, die unsere Gemeinnützigkeit bestätigt hatte, zurückverwiesen. In der Verhandlung im Februar 2020 unterlag Attac; eine Revision wurde vom BFH im Januar 2021 abgelehnt. Wir haben Verfassungsbeschwerden eingereicht. Leider können wir keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E. V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF 2203

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE